

Platz abbeck

Nr. 6, 13. Oktober 2011

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Istanbuler Gericht spricht Dogan Akhanli frei!



Das Strafverfahren gegen den Kölner Schriftsteller Dogan Akhanli ist am 12.10. mit einem Freispruch zu Ende gegangen. Akhanli war angeklagt, im Jahr 1989 an einem Raubmord beteiligt gewesen zu sein. Die Verteidiger hatten in ihrem Plädoyer die Ungereimtheiten des Falles nochmals detailliert aufgearbeitet. Die Söhne des Opfers hatten schon vor Gericht ausgesagt, dass Akhanli nicht der Täter sei. Dies hatte die Staatsanwaltschaft jedoch nicht davon abgehalten, am 3. Verhandlungstermin die Verhängung einer erschwerten lebenslangen Freiheitsstrafe zu beantragen.

Das Gericht ist in seiner Entscheidung dem Antrag der Verteidigung vollumfänglich gefolgt und hat Dogan Akhanli freigesprochen. „Der Spuk ist vorbei,“ befand Verteidiger Haydar Erol nach der Urteilsverkündung. Weitere Informationen zu dem Strafverfahren gegen Dogan Akhanli finden Sie unter *Gerechtigkeit-fuer-Dogan-Akhanli.de*.

Für eine Zusammenarbeit der Häfen an Rhein und Ruhr

Die Ratsfraktion der LINKEN hat eine Resolution in den Rat eingebracht, um ein Fusionsprojekt zwischen den öffentlichen Häfen in Köln und Düsseldorf/Neuss und langfristig auch mit Duisburg zu entwickeln. Die Resolution ist an die Bundes- und Landesregierung gerichtet. Dort heißt es u.a.: „Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Gründung einer gemeinsamen Hafengesellschaft zwischen den Städten Düsseldorf, Neuss, Köln und dem Kreis Rhein-Erft. Die entsprechenden Vertragsunterzeichnungen sollen noch in diesem Jahr getroffen werden. Das ist ein wichtiger Schritt für die Kooperation zwischen vier großen Akteuren auf der Kommunalebene des Rheinlands.“

weiter Seite 3

Erhalt der Bäder in Nippes und Weiden

Bereits im Bürgerhaushalt 2008 war der Erhalt der Hallenbäder das Topthema und besetzte den ersten Platz. Daraus fordern LINKE, Freie Wähler und FREUNDE Konsequenzen.

Für Freitag, den 7. Oktober, hatten die Fraktion DIE LINKE, Die Freien Wähler Köln und DEINE FREUNDE zu einer Pressekonzferenz eingeladen. Die Ratsmitglieder stellten ihren gemeinsamen Änderungsantrag für den Erhalt der Bäder in Nippes und Weiden vor.

Jörg Detjen und Claus Ludwig (Ratsmitglieder, DIE LINKE), Klaus Hoffmann (Ratsmitglied, Freie Wähler Köln), Thor Zimmermann (Ratsmitglied, DEINE FREUNDE) und Helga Kollenbroich (Sprecherin, Initiative „Bäder für Alle“) standen den Fragen der Journalisten zur Verfügung.

Zunächst stellte Jörg Detjen den Antrag vor und beschrieb die Situation im Jahre 2007, die zu einem Moratorium für die Bäder bis zu diesem Jahr und zu einem Ratsbeschluss führte, der einen Parallelbetrieb der gefährdeten Hallenbäder mit den neuen Bädern bestimmte (Ratsbeschluss vom 13.12.2007). Im selben Jahr beteiligten sich viele Kölnerinnen und Kölner am ers-

ten Bürgerhaushalt der Stadt. Hier votierten viele Bürger für den Erhalt der Bäder in Nippes, Weiden und Rodenkirchen. Der Antrag, das Bad in Weiden zu erhalten, erreichte sogar den Platz 1 im Bereich „Sport“ des Bürgerhaushaltsverfahrens. Im Rechenschaftsbericht zum Bürgerhaushalt 2008 stellte die Verwaltung zu den Bäderanträgen der beteiligten Bürger fest: „Durch Ratsbeschluss vom 13.12.2007 erledigt.“

Dem Bürgerhaushalt stimmte der für den Bereich zuständige Sportausschuss einstimmig zu, und der Rat entschied: „Der Vorschlag wurde bereits umgesetzt.“ Dass jetzt wieder über eine Schließung abgestimmt wird, hebt die Sieger des Bürgerhaushalts 2008 aus und macht die erfolgte „Umsetzung“ rückgängig. Ist das der Sinn des Bürgerhaushalts? Kann die Verwaltung die Sieger ignorieren und den Zustand herstellen, als ob es die Anträge zum Erhalt nie gegeben hätte? →



Die Broschüre „Kölner Bäder für alle“ der Fraktion DIE LINKE beleuchtet auf 24 Seiten Hintergründe der aktuellen Bäderschließung in Köln und liefert Argumente dagegen. Auf die historische Betrachtung der Kölner Bäderpolitik in den letzten 150 Jahren folgt eine allgemeine Darstellung der Daseinsvorsorge, unter die die kommunale Betreibung von Bädern subsumiert werden muss. Die Forderungen und Argumente der Bürgerinitiativen in Nippes und Weiden werden vorgestellt und das neue Bäderkonzept der KölnBäder GmbH auf Stimmigkeit und Tauglichkeit geprüft. Weiter beschäftigt sich die Broschüre mit Argumenten für die Bereitstellung von Möglichkeiten, schwimmen zu lernen und als Sport ausüben zu können. Bestellen können Sie die Broschüre per E-Mail an dielinke@stadt-koeln.de. Viel Spaß bei der Lektüre!

Am gesamten Prozess des Bäderzielplans wurde von Seiten der Verwaltung sowie der KölnBäder GmbH nie mit den Beteiligten aus dem Bürgerhaushalt, den vielen Nutzern, die nicht in den Sportverbänden organisiert sind, gesprochen, z.B. DLRG, Gesundheitsschwimmer und Vereine. Man ignorierte deren Anliegen und Wünsche vollkommen. Dabei ist der Zweck eines Bürgerhaushalts, den Dialog zwischen Einwohnern, Politik und Verwaltung zu intensivieren. Jörg Detjen fordert nun eine offene Diskussion, wie mit den Vorschlägen und dem Bürgerhaushalt umgegangen werden soll.

Klaus Hoffmann von den Freien Wählern zeigte sich enttäuscht vom Umgang mit dem Bürgerhaushalt. Die Freien Wähler seien Mitinitiatoren des Bürgerhaushalts gewesen und hätten sich über dieses neue

Instrument eine Stärkung der Stadtbezirke erhofft. Jetzt würden Verwaltung und Politik Entscheidungen zugunsten der Bezirke zurücknehmen. Thor Zimmerman (DEINE FREUNDE) mokierte, dass so der Umgang mit Bürgerbeteiligung in der Stadt Köln aussehe. Anscheinend haben Bürgervoten eine sehr geringe Haltbarkeit. Er nannte das Beispiel um die Debatte des Ausbaus des Godorfer Hafens. Aus dieser Geschichte habe die Stadt leider nichts gelernt. Stadt und Verwaltung seien nicht fähig, den Dialog mit den Bürgern zu führen.

Helga Kollenbroich (Sprecherin der Bäderinitiative) erklärte, dass die Anliegen der Bäderinitiativen nicht ernst genommen würden. Man habe mehrfach das Gespräch mit der Geschäftsführung der KölnBäder GmbH gesucht, sei aber arrogant und ignorant abgebugelt worden. Insgesamt würden

Anliegen von Senioren und Seniorinnen nicht behandelt und somit besonders ältere Menschen benachteiligt. Ihre Gruppe von 250 Gesundheitsschwimmern hat in den neuen Bädern keinen Platz mehr und muss nächstes Jahr das Engagement aufgeben.

Claus Ludwig (Aufsichtsratsmitglied der KölnBäder GmbH) erklärte auf der Konferenz noch einmal, dass laut Ratsbeschluss Dezember 2007 erst ein Parallelbetrieb stattfinden sollte, der die Grundlage für einen Beschluss über die Schließung sein sollte. Jetzt besiegele man die Schließung vor dem Parallelbetrieb und rücke damit vom eigenen Beschluss ab.

Jörg Detjen fasste schließlich noch einmal zusammen: Der Bäderzielplan sei schlecht gemacht und die fraglichen Punkte wie der Bürgerhaushalt seien nicht abgearbeitet worden. *Marie Kuster*

Beharrlicher Protest für die Stadtteil-Bäder

Am 17. September demonstrierten rund 400 Schwimmfreundinnen und -freunde in der Innenstadt. Das war der größte Protest gegen die geplante Schließung der Bäder in Nippes und Weiden, aber keineswegs der einzige.

Seit 2003 wird in Nippes gekämpft, seit 2007 in Weiden. Die Schwimmerinnen und Schwimmer waren auf unzähligen Anhörungen, Veranstaltungen, Bezirksvertretungen und haben dort versucht, für ihre Argumente Gehör zu finden. Sie haben mehrere Demonstrationen durch den Stadtteil mit 100 bis 300 Teilnehmern organisiert, zuletzt am 9. Juli in Weiden und am 15. Juli in Nippes. Allein in Nippes wurden 2007 von der Initiative „Bäder für Alle“ in wenigen Wochen über 10 000 Unterschriften gesammelt. Bei jeder Aktion war die Resonanz in der Bevölkerung positiv. Auch die Bezirksvertretungen in Nippes, Lindenthal und Chorweiler haben sich für den Erhalt der Bäder ausgesprochen.

Genau gegenteilig haben SPD, Grüne, FDP, Verwaltung und KölnBäder GmbH reagiert. Sie haben die Argumente der

Schwimmerinnen nicht ernst genommen, sich nicht einmal auf eine echte Debatte eingelassen und Scheingefechte gegen angebliche Lentpark-Gegner geführt. Der Sportausschuss-Vorsitzende Peter Kron (SPD) wird in einer Pressemitteilung von SPD und Grünen mit der Behauptung zitiert, das „attraktive öffentliche Bäderangebot in Köln“ würde durch den Bau des Lentparks und des Stadion-Bades „maßgeblich erweitert“. Das ist schlicht falsch: Der Bäderzielplan ergänzt den Fortschritt – Bau von Lentpark und Stadion – durch einen deutlichen Rückschritt. Der Verbesserung für einen Teil der Schwimmer steht die Verschlechterung für einen anderen Teil gegenüber.

Die Argumente liegen auf der Hand: Das Senioren-Gesundheitsschwimmen in Nippes und Weiden wird nicht 1:1 übernommen, gewachsene Strukturen werden zerstört. Die Ausbildung für Rettungsschwimmer und der Erwerb vieler Schwimmabzeichen wird erschwert. Die Wege für viele Schulen werden länger, Schwimmzeit wird verringert, die Gefahr von Unterrichtsausfall steigt.

Der Bäderzielplan ist auf Kante genäht, sobald es mehr Interesse am Schwimmen gibt, sind fast alle Bäder zu voll, das teure Vorzeigeprojekt Lentpark wird zu einem Teilgruppenbad. Durch die Schließung der Bäder würde Schwimmen in Köln noch unsozialer: Längere Wege und mehr Kombi-Bäder bedeuten höhere Eintrittspreise und Fahrtkosten.

Das scheint SPD, Grüne und FDP nicht zu interessieren. Sie bejubeln die vielleicht gelungenen aber zweifellos kostenintensiven Vorzeigeprojekte. Sie sehen darüber hinweg, dass die KölnBäder GmbH jährlich 7 Mio. Euro Zinsen und Tilgung für die Neubauten bezahlen und betonen gleichzeitig, dass man „sparen“ müsse und sich die rund 1,5 Mio. Euro jährlich, welche der Weiterbetrieb von Nippes und Weiden kosten würde, nicht leisten könne. Für diese im Kontext der Finanzen von Bäder GmbH, Stadtwerkekonzern und Stadt lächerliche Summe sind sie offensichtlich bereit, die Sport- und Freizeitsituation für viele Menschen deutlich zu verschlechtern.

Claus Ludwig

Leuchtturmprojekt Lentpark ist nicht barrierefrei

Die KölnBäder GmbH wollte die anstehende Eröffnung des Lentparks gebührend feiern: So waren u. a. der ehemalige Bürgermeister Schramma, sein Nachfolger Roters und diverse andere Kommunalpolitiker zugegen. Doch nicht nur der Protest der Schließungsgegner begleitete die Veranstaltung, sondern auch die Behindertenverbände hatten sich mit Unterstützung der Bürgermeisterin Scho-Antwerpes versammelt, um auf die baulichen Mängel hinzuweisen, die Menschen mit Behinderungen den Besuch des Lentparks erschweren oder gar unmöglich machen. Bereits im Sportausschuss am 20.9. hatte sich Frau Palm vom Arbeitskreis barrierefreies Köln

kritisch über den Lentpark geäußert. Der Geschäftsführer der KölnBäder GmbH entgegnete, dass man beim Bau des Lentparks den gesetzlichen Anforderungen nachgekommen sei, weiteren Wünschen müsse man hingegen nicht nachgehen, denn schließlich sei der Lentpark keine Therapieanstalt. Schmitt bügelte die Kritik der Behindertenverbände also einfach ab.

Dieses Verhalten rief einige Proteste hervor. In einer Stellungnahme des Arbeitskreises vom 24.9. wird festgestellt, dass das Eis- und Schwimmstadion Lentpark den Anforderungen der Barrierefreiheit nicht entspricht. Barrierefreiheit sei eine gesetzliche Verpflichtung, der die KölnBäder

GmbH im Lentpark nachkommen müsse, was bisher versäumt worden sei. Nicht barrierefrei sind z. B. die Türöffnungen und die Zuwegung. Wenn man die Mängelliste der Behindertenverbände lese, erhalte man den Eindruck, die KölnBäder GmbH habe nicht mitgedacht. Schließlich sei die Barrierefreiheit nicht nur für die rund 5000 Sportler und Sportlerinnen mit Behinderung, sondern auch für die immer größer werdende Gruppe der Senioren und Seniorinnen von Bedeutung. Der Arbeitskreis Barrierefreies Köln erwartet, dass das Bad kurzfristig nachgebessert wird. Die LINKE unterstützt die Forderungen der Behindertenverbände. *Marie Kuster*

Ein zähes Ringen – neue Gesamtschulen für Köln

Man war schon einmal weiter mit den Bildungsreformbemühungen in Deutschland: 1973 einigten sich nach einem beachtlichen wissenschaftlichen Vorlauf die Bundestagsparteien auf einen Bildungsgesamtplan. Darin wurde ein weitgehend integriertes System aller Bereiche des Bildungswesens vom Kindergarten bis zum Hochschulbereich und zur Erwachsenenbildung dargestellt. Zwar wurde nicht die Abschaffung des gegliederten Schulsystems gefordert. Deutlich betont wurde aber die Einheit von praktischer und theoretischer Bildung. Und mit Einführung der Vorschul-erziehung und der Orientierungsstufe sollte durch die intensive Förderung sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher die selektive Auslesepraxis nach dem vierten Schuljahr zumindest entschärft werden. Vor allem durch die Einrichtung integrierter Gesamtschulen sollte dem Verständnis eines allgemeinen Bürgerrechts auf Bildung und der Forderung nach Chancengleichheit entsprochen werden.

Es kam anders: Schon 1974 wurde vordergründig unter dem Druck der damaligen Wirtschaftslage – de facto aber vor allem wegen der traditionalistischen Bedenken bei CDU/CSU und FDP – der Plan auf Eis gelegt. Es kam zwar zur Einführung von Gesamtschulen, aber diese erfolgte eher halbherzig, in geringerem Umfang und wurde in der Folgezeit politisch wie administrativ immer wieder massiv behindert.

Und trotzdem wurde die Gesamtschule zum Erfolgsmodell. In der aktuellen Kölner Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung wird festgestellt, „dass die Abiturien-

tinnen und Abiturienten der Gesamtschule lediglich 0,2 Prozentpunkte schlechter abschnitten als die der Gymnasien: Dabei hatten 71 Prozent der erfolgreichen Gesamtschülerinnen und Gesamtschüler keine Grundschulempfehlung für das Gymnasium“.

Und selbst in der CDU wurden in diesem Jahr die Leistungen der Gesamtschulen grundsätzlich anerkannt – natürlich eher widerwillig und keineswegs von der Parteibasis getragen.

Von dieser hintergründig immer noch eher gesamtschulefeindlichen Haltung in der CDU hat sich nun mit dem Schulkonsens vom Juli dieses Jahres die rot-grüne NRW-Koalition überrollen lassen. Wohl auch eigenen Vorbehalten Rechnung tragend schuf sie eine Regelung, mit der der Unfug einer unübersichtlichen Vielzahl von Schultypen fortgesetzt und natürlich auch die Zweiteilung in minderqualifizierende Massenbeschulung und ober-/mittelschichtorientierte Gymnasialbildung aufrecht erhalten wird. Und selbst die vorherige bescheidene Idee der Gemeinschaftsschule, die zumindest einen Schritt näher zu längerem gemeinsamem Lernen bedeutet hätte, ließ sie mit der jetzt kommenden unabdingbar oberstufenlosen Sekundarschule deklassieren.

Durchgesetzt haben sich damit einmal mehr die traditionalistischen Kräfte, die mit ihrem Beharren auf der Gegliedertheit des Schulwesens die aus dem 19. Jahrhundert stammenden ständischen Strukturen des Bildungssektors und damit ihre Bildungsprivilegien zäh verteidigen.

Umso wichtiger ist es, dass dagegen das Gesamtschulnetz als die derzeit einzig mögliche Alternative auf dem Weg zu „einer Schule für alle“ verteidigt und ausgebaut wird. Nach ihrem Umweg über die jetzt wieder abgeschafften Gemeinschaftsschulen scheint sich auch die Kölner Schulverwaltung dieser Einsicht nicht mehr zu verschließen: Sie fasst aktuell die Einrichtung einer neuen Gesamtschule in der Südstadt und einer auch die Grundschule einbeziehenden inklusiven Universitätsschule in Ehrenfeld ins Auge.

Oswald Pannes



Heliosgelände Ehrenfeld
Foto: FAK

Fortsetzung von Seite 1: Hafen

Eine gemeinsame Anbindung der Häfen am Rhein an die ZARA-Häfen muss entwickelt und ausgebaut werden ... Hafenspolitik an Rhein und Ruhr ist aktive Regional-, Wirtschafts- und Klimaschutzpolitik, an der sich die Kommunen und das Land aktiv beteiligen sollten.

Der Bund ist zu einem Drittel an der Betriebsgesellschaft der Duisburger Hafen AG beteiligt und will jetzt seine staatliche Beteiligung abstoßen ... Die Gefahr ist groß, dass die Anteile des Bundes an der Duisburger Hafen AG an einen Privaten fallen ...“

Deshalb fordert der Rat der Stadt Köln von der Bundesregierung und Landesregierung:

„– Den Anteil des Bundes an der Duisburger Hafen AG nicht an einen Privaten zu veräußern ...

– ... ihr Stimmrecht so auszuüben, dass die Bundesanteile allenfalls an ein öffentliches Unternehmen veräußert werden ...

– Die Möglichkeit zu prüfen, selbst die Bundesanteile der Duisburger Hafen AG zu erwerben.“

Jörg Detjen

„School ist open“ auf dem Heliosgelände!

Seit geraumer Zeit fordert die LINKE eine Gesamtschule in Ehrenfeld. Der Ortsverband Ehrenfeld der LINKEN hatte sich am 13. September mit der Gesamtschulproblematik befasst und fordert die Einrichtung einer Gesamtschule. Bezugnehmend auf den großen Bedarf an Gesamtschulplätzen im Bezirk, der auch im Schulentwicklungsplan 2011 festgestellt wurde, schlägt der Ortsverband eine Prüfung des Rochusplatzes als möglichen Standort vor – des einzigen großen Geländes im Bezirk, das in städtischem Besitz ist. Sollte sich – wie es jetzt scheint – aber eine Möglichkeit auf dem Heliosgelände eröffnen, dann wäre auch dort ein attraktiver Standort.

Denn inzwischen hat sich einiges getan. Die Schulverwaltung schlägt vor, zusammen mit der Uni Köln auf dem Heliosgelände ein neues Gesamtschulprojekt zu entwickeln. „School ist open“ heißt das interessante Schulprojekt. Bislang ist auf dem

circa 40.000 Quadratmeter großen Gelände ein riesiges Einkaufszentrum geplant. Von der Größe wäre das Heliosgelände noch deutlich besser geeignet als der Rochusplatz, der nur ca. 9.000 Quadratmeter umfasst. Deshalb unterstützt die LINKE die Pläne der Schulverwaltung. Bereits im Schulentwicklungsplan, der jetzt im Rat verabschiedet wird, ist der Bau einer Gesamtschule in Ehrenfeld vorgesehen.

Will man auf dem Heliosgelände eine große Schule bauen, dann macht es Sinn, dass die Stadt Köln das Grundstück vom jetzigen Eigentümer Bauwens-Adenauer erwirbt. Da die Bauwensgruppe in den letzten Monaten mit Negativschlagzeilen in der Presse war, wäre jetzt die Gelegenheit „Abbitte“ zu leisten und das Grundstück zu einem fairen Preis an die Stadt Köln zu verkaufen. Wie sagt man: „An Bildung darf man nicht verdienen.“

Jörg Detjen

Aus den Bezirksvertretungen

■ Rodenkirchen

Gefahrenlage Höninger Weg

Am frühen Abend des 7. Juni 2011 kam es in Köln-Zollstock, Höninger Weg, in Höhe der Buchhandlung Weyer und dem Schlecker-Markt zu einem tödlichen Verkehrsunfall. Ein Radfahrer geriet mit seinem Rad in die Schienen, kam ins Straucheln und prallte mit dem Kopf gegen die entgegenkommende Straßenbahn.

Dass es zu einem solchen Unfall gekommen ist, ja sogar kommen musste, ist nicht erst seit Juni klar. Der Höninger Weg ist hier sehr eng und für Fahrradfahrer lebensbedrohlich. Zwei Parkstreifen auf dem Höninger Weg zwischen Herthastraße und Gottesweg sorgen für eine Gefahrenlage, die es – aus meiner Sicht – zu entschärfen gilt. Als auch für den Stadtteil Zollstock zuständiger Bezirksvertreter habe ich schon in der März-Sitzung 2010 auf die Gefährdungslage am Höninger Weg hingewiesen und einen entsprechenden Prüf-Antrag gestellt, welcher vorsah, Möglichkeiten einer Entschärfung zu finden.

Nachdem ein Jahr lang nichts passierte, eine Anfrage diesbezüglich unbefriedigend beantwortet wurde, ein Radfahrer tödlich verunfallte und zwei weitere Radfahrer zwei Monate später verletzt wurden, hat am 13. September ein Ortstermin stattgefunden, den ich in der Juli-Sitzung der Bezirksvertretung als Maßgabe für die Vertagung meines Antrages beantragt hatte. Dieser Antrag sah vor, die Parkstreifen zu entfernen und durch Fahrradschutzstreifen zu ersetzen. Am Ortstermin sollten neben den Bezirksvertretern und der Verwaltung auch der Fahrradbeauftragte und ein Vertreter vom ADFC teilnehmen. Der Fahrradbeauftragte der Stadt Köln kam nicht zu dem Termin und der Vertreter vom ADFC war nur deswegen anwesend, weil ich ihn angerufen hatte. Er war von Seiten der Verwaltung nicht informiert worden!

Da es bereits schon während des Ortstermins teils heftige und wenig zielführende Debatten gab, habe ich den Antrag in der September-Sitzung wiederum vertagen lassen, um mit einigen Fraktionen noch einmal Gespräche zu führen. *Bert Bronisz*

■ Ehrenfeld

Klein-Schilda am Butzweilerhof

Eigentlich ist es eine Lachnummer. Aber den Eltern in der neuen Siedlung am Butzweilerhof ist alles andere als zum Lachen zumute. Als sie 2008 die von der SKI (Standort Köln Immobilien) errichteten

Einfamilienhäuser erwarben, wurde ihnen zugesichert, dass alsbald ein Kinderspielplatz und ein Nahversorger für Dinge des täglichen Bedarfs errichtet würden. Beides lässt bis heute auf sich warten.

Dabei ließ sich alles ganz einfach an. Im Rahmen des Bebauungsplan-Verfahrens versprach die SKI: „Für alle Kinder aus dem Allgemeinen Wohngebiet wird ein Spielplatz auf der privaten Grünfläche an der Ikarosstraße zur Verfügung gestellt.“

Offenbar hinderte aus Hansezeiten übrig gebliebenes Vertrauen die Stadt daran, diese Zusage vertraglich zu untermauern, und so wurde aus der Zusage im Laufe der Verhandlungen eine „Unterstützung“.

Der nächste Stolperstein war die Standortfrage. In der SKI-„Zusage“ gab es einen Planungsvorschlag für den „Robinienhain“ bei der Ikarosstraße. Die Verwaltung favorisiert nach einem Ortstermin einen Platz bei der Delfossestraße, die allerdings noch der BIMA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) gehört ...

Die SKI will nun, wie verlautet, mit der BIMA verhandeln – und vertraglich vereinbaren – das Gelände zu erwerben und es der Stadt für einen Spielplatz zur Verfügung zu stellen, die ihn dann für schlappe 180 000 Euro bauen kann. Bis das eventuell 2012 geschieht, gibt es am Robinienhain zumindest einen provisorischen Spielplatz.

Wie heißt es immer so schön: „Gemeinwohl geht vor Eigennutz“. Sicherlich wird alles in ordentlicher Hanseaten-Manier „zum beiderseitigen Vorteil“ geregelt werden. Zur Unterstützung der Bürgerinitiative fasste zudem die Bezirksvertretung Ehrenfeld auf ihrer jüngsten Sitzung einstimmig einen Beschluss, in dem die Verwaltung gebeten wird, „sich bei dem Investor für eine möglichst baldige Errichtung des Spielplatzes sowie eines Nahversorgers einzusetzen“.

Somit besteht Hoffnung, dass die 100 Kinder, die derzeit in der Siedlung Butzweilerhof wohnen, „ihren“ Spielplatz noch als Kinder genießen und ihren Kindern dereinst eine spannende Geschichte mit dem für Märchen üblichen glücklichen Ausgang erzählen können. *Helga Humbach*

■ Kalk

Die Angst vor'm Volk

Am 19.9. hat ein SPD-Parteitag beschlossen, dass man zukünftig mehr Bürgernähe zeigen wolle. In der Bezirksvertreterversammlung am 29.9. wurde auch von der SPD immer wieder auf die anstehende Bürgerbeteiligung verwiesen. Die SPD wollte 1969 „mehr Demokratie wagen“ und in einer SPD-Pressemitteilung vom 18.2.2011 steht: „Bürgerbeteiligung ist ein Prozess der dia-

logischen Entscheidungsfindung: ein Informations- und Diskussionsprozess mit einem Anspruch an Fairness und Transparenz und an die Partizipation möglichst vieler und unterschiedlicher Menschen.“

Wenn man aber vor der Öffentlichkeitsbeteiligung die Möglichkeiten zur Beteiligung immer weiter einschränkt, bewirkt das das Gegenteil. Sah die Verwaltungsvorlage noch die Varianten Erhalt und Abriss der Kantine (heute Autonomes Zentrum Kalk) vor, wurde von CDU und oben erwähnter SPD ein Änderungsantrag ein- und durchgebracht, der nur noch die Abrissvariante kennt.

Augenscheinlich war die Angst vor dem Bürgerwillen zu groß, um ihm die Entscheidungsmöglichkeit für einen Erhalt zu geben und darum macht man den Abriss alternativlos. Das hat nichts mit der Form von Demokratie und Bürgerbeteiligung zu tun, wie man sie praktizieren sollte.

Ganz davon abgesehen, dass es eine stadtentwicklungspolitische Sünde wäre das wunderbare Gebäude des Autonomen Zentrums abzureißen, ist das dort autonom und ohne städtische Finanzmittel betriebene Zentrum ein unübersehbarer, jugendpolitischer und kulturpolitischer Gewinn für den Stadtteil und die ganze Stadt.

HP Fischer

■ Kalk

Kalk-Nord – Abriss, Neubau, Veedel erhalten

DIE LINKE hatte am 13.9. zu einem öffentlichen Gespräch über die Entwicklung in Kalk-Nord eingeladen. Frau Wegerich, Vorstandsmitglied der GAG Immobilien AG, teilte mit, man werde in den nächsten zehn Jahren umfangreiche Maßnahmen an etwa der Hälfte ihrer 1100 Wohnungen in Kalk-Nord durchführen. Dabei kündigte sie den Abriss des Blocks zwischen Remscheidstraße, Falckensteinstraße, Albermannstraße und Manteuffelstraße an, was heftig diskutiert wurde.

Es ist zwar zu begrüßen, dass die GAG in ihre Bestände in Kalk investiert, aber es darf kein Mieter wegen zu hoher Mieten verdrängt werden. Um dies zu erreichen, muss die GAG Wohnraumfördermittel in Anspruch nehmen, aber auch Eigenleistungen der Mieter/innen zur Senkung der Miete ermöglichen und preiswerte Ersatzwohnungen im Viertel anbieten.

Es ist gut, dass Kalk-Nord mehr Aufmerksamkeit erhält, denn dabei wird sehr deutlich, dass die Jugendeinrichtung „Pavillon e.V.“ jetzt dringend neue Räume braucht und das Wohnungsunternehmen Deutsche Annington seine Bestände auch in Kalk verkommen lässt.

DIE LINKE wird eventuelle Zusagen der Deutschen Annington im Wohndialog Kalk auf den Prüfstand stellen und zum Thema weiterer Aktionen und Veranstaltungen machen. *HP Fischer*

Aus den Ausschüssen

■ Gebäudewirtschaft

Projekt 18

Die FDP hat bei den Wahlen in Berlin ihr »Projekt 18« erreicht – 18 Promille. Und in Köln? Die FDP setzt auf Altbewährtes und stellte im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft am 26.09.2011 einen Antrag zur öffentlichen Ausschreibung des im Juli beschlossenen Auftrags zum Energiemanagement und -controlling – „natürlich nur aus Sorge um die Umwelt“.

Krokodilstränen vergießend beklagt sie in der Begründung, dass der Gebäudewirtschaft die zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben erforderlichen Mittel an EDV und Personal durch die politischen Mehrheiten versagt würden. Andererseits wirft sie dem kommunalen Betrieb beim Erstellen des Energieberichts Unprofessionalität vor.

Der Sachkundige Einwohner (SE) im Ausschuss für DIE LINKE, Bernd Weber, empfahl die Ablehnung des Antrags und wies darauf hin, dass die FDP in der letzten Landesregierung maßgeblich an der weiteren finanziellen Austrocknung der Kommunen beteiligt war. So wurde kommunalen Betrieben gesetzlich verboten, Aufgaben zu übernehmen, die private Firmen eventuell genauso gut durchführen könnten.

SE Weber bekräftigte, dass Kompetenz in den öffentlichen Verwaltungen erhalten bleiben und neue Stellen geschaffen werden müssen.

Bernd Weber

■ AVR

CDU bevormundet Mitarbeiter der Stadt

Die Kölner CDU-Fraktion hat den hohen Krankenstand in der Stadtverwaltung zum Anlass für einen Ratsantrag genommen. Demnach soll die Kölner Universität die Gründe für den Krankenstand erforschen und die Verwaltung auf dieser Basis ein Konzept zu seiner Verminderung erstellen.

Ignorant und bevormundend stellt sich die CDU damit gegen den Personalrat der städtischen Mitarbeiter. Der Personalrat hat mit der Verwaltungsführung schon vor langem eine Betriebsvereinbarung zum betrieblichen Gesundheitsmanagement abgeschlossen und ist an der „Lenkungsgruppe Arbeitsmedizinischer Dienst“ beteiligt.

Der Grund für den hohen Krankenstand in Köln ist nicht unbekannt. In der aktuellen Mitarbeiterzeitung findet sich folgende Aussage: „Die Kette (der Erklärungsversuche) ließe sich endlos fortsetzen. Was haben aber alle Erklärungsversuche gemeinsam? Sie bringen eine Überbelastung des Personals – so oder so – zum Ausdruck.“ Eine klare Aussage, die den Damen

und Herren von der CDU auch der Personalrat in einem direkten Gespräch hätte bestätigen können.

WK

■ Jugendhilfe/Soziales/Schule

Bildungspaket: Unsicherheit bei Antragstellern

Das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung war mit kurzem Vorlauf im Frühjahr 2011 rückwirkend zum 01.01.2011 beschlossen worden. Ab April 2011 sollte es für SGB II-Empfänger möglich sein, bestimmte Leistungen für ihre Kinder erstattet zu bekommen.

Doch lange war in den Kommunen unklar, wie das Gesetz vor Ort umzusetzen sei und wie es mit bewährten Konzepten wie dem Köln-Pass in Einklang gebracht werden könne.



Inzwischen hat die Verwaltung für Bildungspaket-Berechtigte den Köln-Pass gestützt, damit diese die Leistungen über einen Antrag zum Bildungspaket erhalten. Bei vielen Berechtigten, aber auch bei Vereinen und Schulen führt die neue Situation zu Unsicherheit. An vielen Stellen ist unklar, wann wer auf welchem Wege die Mittel aus dem Bildungspaket bekommt und ob der Antragssteller in Vorleistung treten soll oder gerade nicht.

Bei diesen Schwierigkeiten ist es kein Wunder, dass noch immer nur ein kleiner Teil der Anspruchsberechtigten einen Antrag auf Leistungen aus dem Bildungspaket gestellt hat. Zu groß ist der bürokratische Aufwand, zu unsicher die Gewährung der Leistungen. Wer von Leistungen aus ALG II leben muss, der kann nicht Rechnungsbeträge vorschießen und darauf hoffen, dass er das Geld irgendwann wiedersieht.

Gleichzeitig entsteht auf Seiten der Stadtverwaltung ein gewaltiger bürokratischer Aufwand, da für jede Leistung, die vorher mit dem Köln-Pass abgegolten war, jetzt ein eigener Antrag bearbeitet werden

muss. Die Stadtverwaltung spricht von 25 Personalstellen, die sie allein für die Bearbeitung dieser Anträge abstellen muss, diese fehlen jetzt natürlich in anderen Bereichen.

Das Bildungspaket ist als Hilfeleistung für sozial schlechter gestellte Kinder von der Bundesebene miserabel organisiert. Sinnvoll wäre es, den Kommunen die Gelder direkt zukommen zu lassen, damit diese sie für die Förderung von Kindern einsetzen können.

Bis dahin muss die Stadt alles versuchen, um mehr Berechtigte zum Stellen eines Antrages zu bewegen. Dazu wäre es wichtig, die bisherigen Unklarheiten zu beseitigen. Die Antragsformulare zu vereinfachen beziehungsweise den Berechtigten schon weitgehend ausgefüllte Anträge zuzusenden, könnte ebenfalls eine Möglichkeit sein.

Und es wäre zu prüfen, ob nicht die Zeiträume, über die eine Bewilligung von Bildungspaket-Leistungen gilt, verlängert werden könnten.

Gisela Stahlhofen

■ Stadtentwicklung

Gericht bestätigt die Position der Linksfraktion

Die Kölner Stadtverwaltung und die Parteien im Kölner Rat haben sich getäuscht. Die Aufstockung der Wohngebäude Gereonshof vier bis sechs sowie Gereonskloster 22 widerspricht dem Höhenkonzept zum Schutz der romanischen Kirchen.

SPD, CDU, Grüne und die FDP hatten, ebenso wie die Verwaltungsspitze, immer wieder behauptet, die Aufstockung der Gebäude sei unproblematisch. Die Linksfraktion hatte die Uneinsichtigen im Stadtentwicklungsausschuss wiederholt auf den Verstoß gegen das Höhenkonzept hingewiesen. Leider ohne Erfolg.

Jetzt hat die Justiz gesprochen: Die Kirchengemeinde St. Gereon hat mit Erfolg geklagt. Das Verwaltungsgericht hat einen sofortigen Baustopp verhängt. Zum Schutz von St. Gereon darf nicht aufgestockt werden. Das Gericht folgte damit den Bedenken des Landeskonservators, der die Aufstockung der Gebäude aus Denkmalschutzgründen abgelehnt hatte.

Das Urteil ist eine Niederlage für die Verwaltung und für die Fraktionen von CDU, SPD, Grüne und FDP.

Das selbstgefällige Gebaren der Kölner Stadtspitze wurde einmal mehr bundesweit thematisiert, so zum Beispiel in der Tageszeitung „DIE WELT“ vom 23.8.2011. Die Zeitung spricht von einer herben Schlappe – vor allem für die Stadtkonservatorin.

Es bleibt zu hoffen, dass die Herrschenden hieraus lernen und künftig die Konzepte, die sie selbst zum Schutz der historischen Gebäude beschlossen haben, umsetzen.

Michael Weisenheit

Handstreich: Bebauungsplan zum Godorfer Hafen

Nicht einmal zwei Wochen war die Einwohnerbefragung zum Ausbau des Godorfer Hafens her, und schon legte das Stadtplanungsamt einen Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes zum Godorfer Hafen vor.

Nach dem Willen der Verwaltung soll sich der Rat am 13.10. für den Ausbau aussprechen, dem Antrag der HGK zustimmen und somit das Bebauungsplanungsverfahren einleiten.

Anstatt auf das für den Herbst 2011 angekündigte Logistik-Konzept zu warten, überrumpelt die Verwaltung die Ausbaugegner. Dabei heißt es im Ratsbeschluss zur Bürgerbefragung vom 1.3.2011, dass sich



der Rat nach der Befragung in angemessener Frist mit dem Ergebnis der Befragung und mit der Thematik des weiteren Ausbaus des Godorfer Hafens befassen wird.

Der vorgelegte Beschluss ist Wasser auf die Mühlen der Hafengebühler der SPD und der CDU. Bereits in der Ratssitzung im Juli machten beide Fraktionen klar, dass sie den Hafenausbau nun zügig durchsetzen wollen. Martin Börschel (SPD) forderte die Verwaltung auf, weiter am Ausbau des Godorfer Hafens zu arbeiten. Diesem Wunsch kam die Verwaltung mit der eilends in den Sommerferien eingereichten Beschlussvorlage nach – eine Missachtung der 72 787 Nein-Stimmen, die immerhin die Mehrheit (56 %) der Teilnehmer der Befragung ausmachten.

So wird die Spaltung der Stadtgesellschaft in Befürworter im Norden und Gegner im Süden nicht überwunden. Im Prinzip gibt es jetzt kein Ja und kein Nein, dennoch wollen die Hafenausbauer Fakten schaffen und den Ausbau durchdrücken.

Jörg Detjen

Auslaufmodell Klimaschutz?

Auf der Informationsveranstaltung „Gutachten zum Integrierten Klimaschutzkonzept der Stadt Köln“ am 12. September 2011 im Rathaus sprach Dezernentin Reker von einem „Aufschlag“ und Marathonläufer Roters davon, dass man zwar spät gestartet sei, aber nun zum Vorreiter in Sachen Klimaschutz werden wolle. Um im Bild der von ihm geliebten Sportart zu bleiben, hätte er besser von Vorläufer gesprochen. Denn alles Bisherige ist nur Vorläufiges.

Tatsächlich ist die Stadt Köln im Startblock geblieben und das erste Etappenziel hat sie nur erreicht, weil man ihr angerechnet hat, was eh schon gelaufen war. Die genommene Zwischenzeit weist die Kölner Klimapolitik mehr als Dauerläufer im Trainingscamp aus, denn als registrierter Teilnehmer.

Die Stadt Köln ist seit 1992 Mitglied im Klima-Bündnis, einem europäischen Netzwerk von Städten, Gemeinden und Landkreisen, die sich verpflichtet haben, das Weltklima zu schützen. Die Mitgliedskommunen setzen sich beispielsweise dafür ein, bezogen auf das Basisjahr 1990 den Kohlendioxidausstoß (kurz: CO₂) bis zum Jahr 2030 um fünfzig Prozent zu reduzieren.

Ergänzend trat die Stadt Köln 2008 dem Europäischen Bürgermeisterkonvent bei. Die Ziele des Bürgermeisterkonvents sind eine mindestens 20-prozentige Steigerung der Energieeffizienz, eine mindestens 20-prozentige Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energieträger am Energiemix und eine mindestens 20-prozentige Senkung der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020.

Um die gesetzten Ziele zu erreichen, müssen die Unterzeichnerstädte unter anderem eine Bilanz der Ausgangsemissionen erstellen und innerhalb eines Jahres nach Unterzeichnung einen „Aktionsplan für nachhaltige Energie“ aufstellen. Die Stadt Köln hat 2009/2010 für den Aktionsplan einen Auszug der in den letzten Jahren erfolgten Einzelmaßnahmen in den Bereichen Energie, Bauen und Mobilität zusammengestellt. Es wurde eine Grobbilanz für 1990 und 2007 erstellt, die allerdings im Wesentlichen auf nationalen Statistikdaten beruht. Die Grobbilanz stellt somit nur eine erste Annäherung an den realen Energieverbrauch und CO₂-Emissionen in Köln dar.

Den Teilnehmern der eingangs erwähnten Aufschlagsveranstaltung wurde das fertige Klimaschutzkonzept für Ende September angekündigt mit einer Beschlussvorlage für die Ratssitzung am 13. Oktober.

Also entweder hat die Stadt den Startschuss nicht gehört oder ihre Ziele inzwischen relativiert, denn weder Konzept noch Beschluss liegen vor. Sie haben wohl den Gang durch die Instanzen nicht geschafft. Mit einer weiteren Verzögerung jedenfalls wird die Stadt höchstens noch zum klimapolitischen Auslaufmodell.

HP Fischer

Schulentwicklungsplan in Köln: Eine gerechte Schule für Alle?

Nach dem Schulentwicklungsplan hat Köln fünf Stadtteile mit besonders benachteiligten Kindern: Kalk, Mülheim, Chorweiler, Nippes und Ehrenfeld.

Dort leben die meisten armen Kinder, aber auch die meisten Migranten und dort gehen im stadtweiten Vergleich die meisten Schüler zur Hauptschule und die wenigsten zum Gymnasium. Der Schulentwicklungsplan weist das im Detail leider nur für Kalk und Lindenthal aus: In Lindenthal besuchen 79% der Schüler ein Gymnasium, in Kalk sind es nur knapp 17% (Schulentwicklungsplan S. 117). In diesen Stadtteilen finden Sie auch die höchsten Ablehnungszahlen von Gesamtschulen, d. h. der Bedarf ist dort besonders dringend.

Es bietet sich an, in diesen Stadtteilen je eine weitere Gesamtschule einzurichten. Dort befinden sich auch größere Industriebrachen, wie z. B. das CFK Gelände in Kalk, wo Grundstücke für eine 4 bis 6-zügige Gesamtschule vorhanden sind. Wir

brauchen Gesamtschulen. Wir brauchen Schulen, die zum Abitur führen. Zu Sekundarschulen umgewandelte Haupt- oder Realschulen werden in einer Großstadt von den Eltern nicht als gleichwertig zu Gesamtschulen angesehen, weil sie keine Oberstufe haben.

Die Gefahr besteht, dass dort wieder das gleiche Milieu entsteht wie an den Hauptschulen.

Der demographische Faktor in Köln macht deutlich: 2009 hatten bereits 47,8 % der Kinder und Jugendlichen von 6 bis 18 Jahren einen Migrationshintergrund. In der Altersgruppe 0 bis 6 sind es 51,5 %.

Die Integration dieser Kinder und Jugendlichen in der Stadtgesellschaft durch gleichwertige Bildung in Schulen mit Abitur ist eine Herausforderung, aber auch eine dringende Notwendigkeit. Gesamtschulen fördern diese Integration am besten, wie die Abiturzahlen der letzten Jahre zeigen.

Sengül Senol

Einzelhandelskonzept in der Beteiligung?

Seit Ende 2010 liegt den städtischen Gremien der Entwurf eines Einzelhandels- und Zentrenkonzepts zur Beratung vor, das zwischenzeitlich auch im Internet unter www.stadt-koeln.de/4/stadtentwicklung/einzelhandelskonzept veröffentlicht worden ist.

Es ist der erfreuliche Versuch, ein städtebauliches Konzept zu entwickeln, das insbesondere der Steuerung von Einzelhandelsansiedlungen dienen soll.

Diese „Leitplanken“ für zukünftige Entwicklungen wollen gestützt auf ein Standortkonzept sowie eine Sortimentsliste die Funktionsfähigkeit der zentralen Versorgungsbereiche in

- ▶ City, Bezirkszentren
- ▶ Stadtteilzentren
- ▶ Nahversorgungszentren

sicherstellen und negative Entwicklungen vermeiden.

Trotz dieser guten Absichten wird es auch in der Zukunft wegen der begrenzten rechtlichen Handlungsmöglichkeiten, die der Politik zur Verfügung stehen, weiterhin Verdrängungsprozesse geben, die für die Zentrenentwicklung schädlich sein können.

Noch weniger Möglichkeiten sind gegeben, den Rückzug von Supermärkten aus der Fläche zu verhindern. Die Folge: Eine wohnortnahe Versorgung (700 m) mit Lebensmitteln ist nicht mehr gewährleistet, ein gravierendes Problem in einer alternierenden Gesellschaft. Im Stadtteil Vogelsang ist eine derartige Entwicklung bereits zu verzeichnen.

Selbsthilfeprojekte wie z. B. „Senioren helfen Senioren“ oder „Integrationsmärkte“ sind keine wirklich tragfähigen Lösungen zur Sicherstellung einer wohnortnahen Versorgung.

Hier müssen mit den großen Lebensmittelhandelskonzernen – Rewe/Edeka/Aldi – Lösungen gefunden werden, heißt es doch im Grundgesetz Art. 14 II: „Eigentum verpflichtet ... Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen“.

Die angelaufene Öffentlichkeitsbeteiligung eröffnet auch den Bürgern die Möglichkeit, das Augenmerk auf Schwierigkeiten in den Stadtbezirken zu lenken.

Angesichts der Komplexität der Thematik und ohne konkrete Fragestellungen ist das allerdings ein schwieriges Unterfangen.

Wer Einfluss nehmen will, sollte insbesondere die für die einzelnen Bereiche formulierten Handlungsempfehlungen prüfen und gegebenenfalls Änderungen vorschlagen.

Bernd Petri

Das Einzelhandels- und Zentrenkonzept kommt in die Bezirke!

In den nächsten Wochen und Monaten wird das Einzelhandels- und Zentrenkonzept in den Bezirken vorgestellt. In einigen Bezirken wird es die Möglichkeit geben, sich bei Bürgeranhörungen einzubringen. Bislang stehen hierfür folgende Termine fest:

Kalk	Mi. 19.10.	19:00 Uhr	Foyer des Bezirksrathauses	Bürgeranhörung
Lindenthal	Do. 17.11. bis Fr. 16.12.		Bezirksrathaus, Zimmer 6.41	Offenlage (keine Bürgeranhörung!)
Chorweiler	Mo. 28.11. Mi. 30.11. Mo. 05.12. Do. 08.12.	19:00 Uhr 19:00 Uhr 19:00 Uhr 19:00 Uhr	Bürgerzentrum Chorweiler Großer Saal Vereinshaus Worringen Gemeindesaal Merkenich Pädagogisches Zentrum Gymnasium Pesch	Bürgeranhörung Bürgeranhörung Bürgeranhörung Bürgeranhörung
Ehrenfeld	Mi. 25.01.2012 Do. 26.01.2012	19:30 Uhr 19:30 Uhr	Ehrenfeld Vogelsang	Bürgeranhörung Bürgeranhörung

LINKE begrüßt geplanten Wiedereinstieg in ein kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm

Köln ist eine attraktive Stadt. Immer mehr Menschen wollen hier wohnen. Am Jahresende 2010 zählte Köln 1.027.500 Einwohner/innen – 7.200 mehr als noch ein Jahr zuvor. Und Köln bleibt voraussichtlich auch in den kommenden Jahren Wachstumsstadt. Der Wohnungsmarkt hält bei dieser Entwicklung aber nicht mit: Im Jahr 2010 wurden in Köln nur 2.746 Wohnungen fertig gestellt. Zieht man Abbrüche etc. ab, dann erhöhte sich der Kölner Wohnungsbestand sogar nur um 2.064 Wohnungen – auf 539.730 Wohnungen zum Jahresende 2010.

Diese Zahlen machen deutlich, dass Köln den „Wiedereinstieg in ein kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm“ braucht – wie SPD und Bündnis 90/Grüne

dies jetzt beantragen. Trotz Zustimmung für die grobe Linie wird die Fraktion DIE LINKE im Kölner Rat jedoch Änderungen beantragen, denn der rot-grüne Antrag ist nicht zu Ende gedacht und hat Schwächen.

So informierte die Stadtverwaltung erst jüngst darüber, dass alleine um den derzeitigen Anteil von Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung in Höhe von nur noch 7,85 % zu halten, eine jährliche Neuschaffung von 1.350 Wohnungen erforderlich sei. Diese 1.350 Wohnungen sollten daher die Zielzahl des Wohnungsbauförderungsprogramms sein – und nicht nur die von SPD und Bündnis 90/Grüne ins Auge gefassten 1.000 Wohnungen.

Das Potenzial für diese erhöhte Zahl ist vorhanden: Im Jahr 2010 wurden in Köln

804 öffentlich geförderte Wohnungen errichtet. Darüber hinaus haben Anträge für weitere 240 Wohnungen vorgelegen, die aufgrund fehlender Landesmittel nicht bewilligt werden konnten. Und weitere Wohnungen sind erst gar nicht beantragt, sondern in das Jahr 2011 verschoben worden.

Diese Zahlen belegen die fatale Wirkung der Reduzierung der Wohnraumförderung durch die rot-grüne Landesregierung: In 2009 standen in NRW noch 1,141 Milliarden Euro für die Wohnraumförderung zur Verfügung; in 2011 werden jedoch nur noch 800 Mio. Euro bereitgestellt. DIE LINKE fordert daher, dass die Landesregierung die Wohnungsbaufördermittel wieder deutlich erhöht.

Günter Bell

Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
E-Mail: Dielinke@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Wahl zur Seniorenvertretung – Kandidaten aufgestellt

Insgesamt 85 Kandidatinnen und Kandidaten hat der Wahlausschuss am 10.10. zur Wahl der Seniorenvertretungen in den neun Kölner Stadtbezirken zugelassen. Nur sechs Bewerber hatten die erforderliche Zahl von zwanzig Unterstützungsunterschriften nicht beigebracht und wurden daher zurückgewiesen.

Somit stehen in allen Stadtbezirken genügend Kandidaten für die Wahl am 21. November 2011 zur Verfügung.

Die Wahl zur Seniorenvertretung ist eine reine Briefwahl, bei der alle Kölner Bürger über 60 Jahre – unabhängig von ihrer Nationalität – fünf Stimmen abgeben können.

Nur in den Stadtbezirken Ehrenfeld und Kalk gibt es Bewerber anderer als deutscher Nationalität, so dass dort jeweils sechs Seniorenvertreter gewählt werden.

Alle Kandidatinnen und Kandidaten werden bei Versendung der Wahlunterlagen

mit Foto und Kurzporträt vorgestellt. Da es sich um eine Persönlichkeitswahl handelt, werden in der Regel keine Angaben zu einer Parteizugehörigkeit gemacht, es sei denn, die Kandidaten legen selbst Wert darauf.

In den nächsten Wochen wird es darauf ankommen, möglichst viele ältere Mitbürger zu ermutigen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Die Seniorenvertretungen haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Interessen ihrer Generation wahrzunehmen und gegenüber Behörden und Politik zu vertreten. Beratung und Hilfe bei Alltagsfragen gehören ebenso dazu wie die Anmeldung von Forderungen bei Baumaßnahmen oder dem öffentlichen Nahverkehr. Je mehr Wählerinnen und Wähler hinter ihnen stehen, desto besser können sie ihr Ehrenamt wahrnehmen.

Helga Humbach

Darum kandidiere ich für die Seniorenvertretung Ehrenfeld



Ich engagiere mich seit vielen Jahrzehnten in der Politik. Ich war einige Jahre Bezirksvertreterin in Ehrenfeld, arbeite mit in der Stadt-Senioren-Arbeitsgemeinschaft.

Politik heißt für mich Eintreten für eine friedliche Welt, für Arbeit, von der man leben kann, für Bildung und Ausbildung für alle jungen Menschen und eine ausreichende finanzielle Sicherung im Alter.

Die Wirtschaft sieht oft in älteren Menschen nur eine „Marktlücke“. Auf Schritt und Tritt treffen wir auf angeblich „senioren-gerechte“ Angebote. Nahrungsergänzungstabletten und -getränke, Pflückerchen und Pillen, Kosmetikartikel werden als Wundermittel zu horrenden Preisen angepriesen. Wirkung spüren die Käufer aber lediglich im Portemonnaie, das immer leerer wird.

Ich finde es wichtig, dass nicht nur wenige Betuchte sich ihr Alter angenehm gestalten können. Die Generation, die nach dem Krieg Köln wieder zu einer lebendigen Stadt gemacht hat, darf nicht an den Rand der Gesellschaft geschoben werden. Sie muss in ihrer Stadt wohnen, einkaufen, öffentliche Verkehrsmittel benutzen und Kultur erleben können. Die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben, ob im Stadttel oder außerhalb, muss für alle Interessierten erschwinglich sein.

An Ehrenfeld gefällt mir die bunte Vielfalt an Geschäften und kulturellen Angeboten. Sie muss erhalten und noch ausgeweitet werden – für alle und mit allen, die hier wohnen.

**Helga Humbach, 74 Jahre,
verheiratet, zwei Kinder
Kandidatin für die Senioren-
vertretung Köln-Ehrenfeld**

Termine... Termine... Termine...

Do, 20.10.2011, 20:00 Uhr
AK Wirtschaft und Finanzen
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Do, 27.10.2011, 18:00 Uhr
AK Kunst und Kultur
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Do, 03.11.2011, 19:00 Uhr
AK Gesundheit
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Mo, 07.11.2011, 17:00 Uhr
AK Umwelt
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Do, 10.11.2011, 18:00 Uhr
AK Hartz-IV/Soziales
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Mo, 14.11.2011, 18:00 Uhr
AK Stadtentwicklung
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Do, 17.11.2011, 18:00 Uhr
AK Kunst und Kultur
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Do, 17.11.2011, 20:00 Uhr
AK Wirtschaft und Finanzen
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg